

Gemeinderat verteidigt die Baubehörden

Reinach. Vorwurf der «Machtauspielung»

GEORG SCHMIDT

Das Bauinspektorat und das Fachgremium Stadtentwicklung sollen durchaus selbstbewusst agieren, hält der Gemeinderat fest. Die SVP kritisiert «systematische Benachteiligungen».

Der Reinacher Gemeinderat will an einer eigenen Baubewilligungsbehörde ebenso wie am aktuellen Fachgremium Stadtentwicklung festhalten. Dies schreibt er in der schriftlichen Beantwortung von zwei Interpellationen, welche die SVP-Einwohnerräte Adrian Billerbeck und Eric Urban eingereicht haben. Ein kommunales Bauinspektorat stellt ein Unikum dar im Kanton Baselland, ist aber zulässig. Der Gemeinderat sieht in dieser Institution «wichtige Vorteile». Weil das örtliche Bauinspektorat sowohl zonen- als auch baurechtliche Fragen behandle, was andernorts zwischen Gemeinde und Kanton aufgeteilt sei, könnten allfällige Probleme durch eine einzige «Anlaufstelle» angegangen werden. Das sei die «beste Lösung».

Die Nähe von Bauwilligen und Baubehörde ermögliche zudem eine «frühzeitige Kontaktaufnahme», wodurch viele Projekte «ganz wesentlich verbessert» werden könnten. Dank ei-

genem Bauinspektorat müsse die Gemeinde auch nicht gleich eine Einsprache in Liestal machen, sondern könne «gewisse Dinge schnell und unbürokratisch in einem Gespräch mit der Bauherrschaft klären».

Ein «Risiko» sieht der Gemeinderat darin, dass die «Entscheidungspraxis» von Kanton und Gemeinde divergieren könne, was man durch «regelmässige Kontakte» zu vermeiden suche. Er pocht aber auch auf die Gemeindeautonomie und hält fest, eine eigene Bewilligungsbehörde könne helfen, «die kommunalen Planungsstrategien so gut wie möglich umzusetzen und bei Fehlentwicklungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Einfluss zu nehmen».

«ABLEHNUNG». Mit dem Vorwurf einer Einflussnahme der unlauteren Art hatte Urban die Diskussion ins Rollen gebracht: Gegenüber der «Reinacher Zeitung» hatte der Architekt der kommunalen Bauverwaltung vorgeworfen, ihm «mit Ablehnung zu begegnen», weshalb er einen Auftrag verloren habe – dabei ging es um die Überbauung von zwei Parzellen an der Hauptstrasse, wo heute das Restaurant Schopf steht. «Es kann nicht an-

BaZ 6.3.2009



Streitfall. Baupläne beim Restaurant Schopf führten zu Interpellationen. Foto Lea Hepp

gehen, dass seitens der Bauverwaltung Reinach einige Architekturbüros systematisch benachteiligt und wiederum andere Büros bevorzugt werden», wird Urban zitiert.

Auch Billerbeck spricht in einem Online-Kommentar zu Urbans Vorwürfen von Entscheidungen der Baubehörde, welche «Kopfschütteln» ausgelöst hätten und die «Machtauspielung» von Bauverwalter Peter Leuthardt zeigten. Vor diesem Hintergrund muss die Infragestellung der beiden Institutionen gesehen werden – auch wenn Probleme wie eine allfällige «Voreingenommenheit» nur beim Fachgremium Stadtentwicklung konkret angeführt werden.

Dieses beratende Gremium ist mit vier externen Fachleuten bestückt, wobei auch zwei Verwaltungsange-

stellte, darunter Peter Leuthardt, Einsitz haben. Das Gremium habe in zwei Streitfällen, welche der Interpellant anführt, «sachgerechte und nachvollziehbare Empfehlungen abgeben», betont der Reinacher Gemeinderat. Es kann auch bei «heiklen» Bauvorhaben um eine Beurteilung gebeten werden. Neben komplexeren Projekten befasste es sich auch mit den «Schopf»-Plänen von Urban.

In seiner Antwort macht der Gemeinderat klar, dass das Bauinspektorat mit seinen hoheitlichen Befugnissen durchaus sein Gewicht in die Waagschale werfen soll – indem es «gegenüber den Bauinteressierten klar signalisiert, dass diese frühzeitig auf die Verwaltung zukommen sollen, um allfällige Probleme rechtzeitig gemeinsam zu bereinigen».